

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 3. Juni 1987

am Donnerstag, dem 4. Juni 1987

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Abelein (CDU/CSU)	60, 83	Dr. Meyer zu Bentrup (CDU/CSU)	4
Bindig (SPD)	6, 7	Frau Dr. Niehuis (SPD)	69, 70
Börnsen (Ritterhude) (SPD)	34, 35	Oesinghaus (SPD)	33
Conradi (SPD)	79	Frau Olms (DIE GRÜNEN)	45, 46
Dr. Daniels (Regensburg) (DIE GRÜNEN)	73, 74	Poß (SPD)	23
Duve (SPD)	84, 85	Reschke (SPD)	25, 63
Ebermann (DIE GRÜNEN)	12, 13	Ronneburger (FDP)	2, 3
Dr. Emmerlich (SPD)	65, 66	Dr. Rose (CDU/CSU)	56
Gansel (SPD)	44, 64	Schäfer (Offenburg) (SPD)	67, 68
Grünbeck (FDP)	43	Schanz (SPD)	54, 55
Häfner (DIE GRÜNEN)	18, 19	Schily (DIE GRÜNEN)	14, 15
Hedrich (CDU/CSU)	9	Frau Schmidt-Bott (DIE GRÜNEN)	16, 17
Hiller (Lübeck) (SPD)	1	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	71, 72
Frau Hillerich (DIE GRÜNEN)	50, 51	Schreiner (SPD)	47
Hinsken (CDU/CSU)	20, 52	Sellin (DIE GRÜNEN)	37, 38
Dr. Hoyer (FDP)	53	Dr. Sperling (SPD)	80, 81
Huonker (SPD)	24, 29	Dr. Spöri (SPD)	21, 22
Kastning (SPD)	26, 27	Stiegler (SPD)	36, 49
Kirschner (SPD)	48	Urbaniak (SPD)	39, 40
Kohn (FDP)	5, 59	Verheugen (SPD)	8, 82
Kuhlwein (SPD)	61, 62	Westphal (SPD)	31
Dr. Lippelt (Hannover) (DIE GRÜNEN)	77, 78	Frau Weyel (SPD)	57, 58
Frau Matthäus-Maier (SPD)	28	Dr. Wieczorek (SPD)	32
Menzel (SPD)	41, 42	Frau Wollny (DIE GRÜNEN)	75, 76
Dr. Mertens (Bottrop) (SPD)	30	Wüppesahl (DIE GRÜNEN)	10, 11

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	15
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	16

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter
Hiller
(Lübeck)
(SPD)

Wie kann die Bundesregierung sicherstellen, daß ein – in der Bundesrepublik Deutschland auf Grund eines Auslieferungsversuchens des Herkunftslandes – verhafteter Ausländer, der in einem Unterzeichnerstaat der Genfer Flüchtlingskonvention als Asylberechtigter anerkannt wurde und einen entsprechenden internationalen Flüchtlingsausweis besitzt, nicht an den Verfolgerstaat ausgeliefert, sondern dem Asyl gewährenden Staat überstellt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

2. Abgeordneter
Ronneburger
(FDP)

Ist der Bundesregierung der Sachverhalt bekannt, daß zu Lehrgängen versetzte ledige Bundeswehrsoldaten von den Einwohnermeldeämtern der Standortgemeinden zur Anmeldung ihres Hauptwohnsitzes im Standort aufgefordert werden und im Falle der Weigerung der betroffenen Soldaten, für diese Zeit unter Umständen den Verlust ihres Wahlrechtes und finanzielle Nachteile hinzunehmen, die Einwohnermeldebehörden ein Zwangsgeld und schließlich die Gemeinschaftsunterkunft als Hauptwohnsitz festsetzen?
3. Abgeordneter
Ronneburger
(FDP)

Wie beabsichtigt die Bundesregierung und gegebenenfalls wann, diese Einschränkung zu beheben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

4. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU)

Warum ist die Deutsche Bundespost nicht bereit, bei einer telefonischen Auskunftserteilung neben der Telefonnummer auch die Straße – wenn es vom Teilnehmer gewünscht wird – zu nennen, obwohl in den Postämtern – für jedermann zugänglich – diese Auskunft anhand der dort ausliegenden Telefonbücher möglich ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

5. Abgeordneter
Kohn
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Untersuchungsergebnisse des österreichischen Forschungszentrums Siebersdorf, wonach das Ozon-Potential aus Kohlenwasserstoffen (HC) und Kohlenoxid (CO) Hauptverursacher des Waldsterbens ist, und welche Konsequenzen zieht sie daraus?

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

6. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Hat die Bundesregierung die Absicht, die bisher gültigen Restriktionen zur Förderung von Investitionsvorhaben in Chile und Namibia im Rahmen der Arbeit der DEG zu verändern oder aufzuheben, und wie soll nach den Vorstellungen der Bundesregierung bei Investitionsvorhaben der DEG in diesen Ländern künftig verfahren werden?
7. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Warum hat die Bundesregierung bisher keinen Gebrauch von der ihr vom Parlament eingeräumten Möglichkeit gemacht, auch anderen als den „am wenigsten entwickelten Ländern“ Schulden nach Einzelprüfung zu erlassen, und bei welchen Ländern gedenkt sie demnächst von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

8. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)
- Trifft es zu, daß Bundesminister Dr. Schäuble dem bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Strauß versichert hat, dessen Äußerungen in seinem Glückwunschtelegramm an den südafrikanischen Präsidenten Botha stünden im Rahmen der gemeinsamen Politik, wie ebenfalls unter Berufung auf Ministerpräsident Strauß am 18. Mai 1987 von der Deutschen Presse Agentur (dpa) gemeldet wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|--|---|
| 9. Abgeordneter
Hedrich
(CDU/CSU) | Wann wird die Bundesregierung die Schließung des SWAPO-Büros in Bonn anordnen? |
| 10. Abgeordneter
Wüppesahl
(DIE GRÜNEN) | Haben das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz Ersuchen an Polizei oder andere Behörden der Länder gerichtet, ihnen – ähnlich wie aus Baden-Württemberg bekanntgeworden – personenbezogene Daten von Volkszählungskritikern zu übermitteln, oder welche Dienststellen haben solche Daten an die genannten Ämter von sich aus weitergeleitet? |
| 11. Abgeordneter
Wüppesahl
(DIE GRÜNEN) | Auf welcher Rechtsgrundlage sind den genannten Ämtern „Lagebilder“ über Boykottaufrufe zur Volkszählung übermittelt worden, und welchem Aspekt der Aufgabenerfüllung, insbesondere des Verfassungsschutzes, dienen sie? |
| 12. Abgeordneter
Ebermann
(DIE GRÜNEN) | Wie will die Bundesregierung die Bürgschaftversprechen von Bundeskanzler Dr. Kohl und Justizminister Dr. Engelhard für die Datensicherheit der Volkszählung einlösen, angesichts der Tatsache, daß sie auf zahlreiche Fragen von Abgeordneten des Deutschen Bundestages nach der Bewertung von konkreten Verstößen gegen die Datensicherheit der Volkszählung auf die Verantwortlichkeit der Bundesländer für die ordnungsgemäße Durchführung verweist? |
| 13. Abgeordneter
Ebermann
(DIE GRÜNEN) | Wie will die Bundesregierung angesichts vieler Durchführungsmängel der Volkszählung die Datensicherheitsversprechen der Werbekampagne des Statistischen Bundesamtes einlösen, wenn sie auf konkrete Nachfragen auf die Länderzuständigkeit verweist? |
| 14. Abgeordneter
Schily
(DIE GRÜNEN) | Inwiefern unterstellt die Bundesregierung den Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, die sich weigern, an der Volkszählung teilzunehmen, „faschistische Gesinnung“ (so Bundeskanzler Dr. Kohl in einer Veranstaltung in Trier am 12. Mai 1987), obwohl die Nichtteilnahme an der Volkszählung allenfalls eine Ordnungswidrigkeit darstellt und Kritik an der Volkszählung sich sehr wesentlich auch auf rechtsstaatliche und verfassungsrechtliche Argumente stützt? |
| 15. Abgeordneter
Schily
(DIE GRÜNEN) | Wieso legt die Bundesregierung hier andere Bewertungsmaßstäbe an als beispielsweise bei der Beurteilung der Tatsache, daß vor allem CDU, CSU und FDP, aber auch die SPD über Jahrzehnte vorsätzlich und zielbewußt die Erfüllung der |

- verfassungsrechtlichen Verpflichtung aus Artikel 21 des Grundgesetzes zur öffentlichen Rechenschaftslegung über Parteispenden sowie die Einhaltung der steuerrechtlichen und strafrechtlichen Vorschriften hinsichtlich der Parteispenden boykottiert haben?
16. Abgeordnete
Frau Schmidt-Bott
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung unter dem Gesichtspunkt der organisatorischen Trennung der Verwaltung vom Volkszählungsablauf, daß in der Gemeinde Friedrichskoog die Mahnschreiben der Gebäudevorerhebung vom Bürgermeister gefertigt wurden?
17. Abgeordnete
Frau Schmidt-Bott
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß in Höhr-Grenzhausen (Rheinland-Pfalz) Bestellungen zum Zähler vom Bürgermeister der Verbandsgemeinde gefertigt worden sind?
18. Abgeordneter
Häfner
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Beobachtung von Humanistischer Union, Deutschen Jungdemokraten und dem Republikanischen Anwaltsverein sowie anderen Organisationen durch den Niedersächsischen Verfassungsschutz im Zusammenhang mit kritischen Äußerungen zur Volkszählung?
19. Abgeordneter
Häfner
(DIE GRÜNEN)
- Werden auf Bundesebene Einzelpersonen, politische Parteien oder Initiativen, die sich öffentlich dazu bekennen, die Volkszählung 1987 zu verweigern oder Kritik an der Volkszählung äußern, von Staats- oder Verfassungsschutzbehörden beobachtet, erfaßt oder auf sonstige Art registriert?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

20. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Trifft zu, was der Deutsche Städteverband verlautbaren ließ, daß die beabsichtigte Nettoentlastung der Steuerzahler um rund 45 Milliarden DM bei den Kommunen zu Steuer- und Zuweisungsverlusten in Höhe von 10 Milliarden DM führen, und was gedenkt die Bundesregierung im Sinne der Kommunen hier zu tun?
21. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Trifft es zu, daß Bundesfinanzminister Dr. Stoltenberg mit seinem Rücktritt für den Fall gedroht hat, daß steuerliche Erleichterungen für den Sport gewährt werden (vgl. „Bild“ vom 22. Mai 1987)?
22. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Gibt es Überlegungen innerhalb der Bundesregierung, die bisherige Steuerbefreiung für Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge abzuschaffen (vgl. „Bild“ vom 22. Mai 1987)?

- | | |
|---|---|
| 23. Abgeordneter
Poß
(SPD) | Geht die Bundesregierung davon aus, daß eine Streichung des Sonderausgaben-Pauschbetrags in Höhe von 270 DM jährlich zu nennenswerten Steuermehreinnahmen führen würde? |
| 24. Abgeordneter
Huonker
(SPD) | Beabsichtigt die Bundesregierung, die bisherige Grundsteuerbefreiung für zehn Jahre bei neu errichteten selbstgenutzten Einfamilienhäusern zu beseitigen (vgl. „Bild“ vom 22. Mai 1987)? |
| 25. Abgeordneter
Reschke
(SPD) | Geht die Bundesregierung davon aus, daß bei einer Abschaffung der derzeitigen Grundsteuerbefreiung über zehn Jahre für neu errichtete selbstgenutzte Einfamilienhäuser auch eine Aufhebung für „Altfälle“ möglich ist, bei denen die Zehnjahresfrist noch läuft? |
| 26. Abgeordneter
Kastning
(SPD) | Trifft eine Meldung der Bild-Zeitung vom 22. Mai 1987 zu, wonach in einer „geheimen Streichliste“ von Bundesfinanzminister Dr. Stoltenberg vorgesehen ist, die Spekulationsfrist für die Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden, die bislang zwei Jahre beträgt, zu verlängern? |
| 27. Abgeordneter
Kastning
(SPD) | Kann die Bundesregierung verbindlich erklären, daß die in der Bild-Zeitung vom 22. Mai 1987 angeführte „geheime Streichliste von Bundesfinanzminister Dr. Stoltenberg“, in der u. a. ein Wegfall des Pauschbetrags für Sonderausgaben vorgesehen sein soll, nicht existiert? |
| 28. Abgeordnete
Frau
Matthäus-Maier
(SPD) | Hält die Bundesregierung es für einen besonderen Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit, zur Finanzierung einer Senkung des Einkommensteuer-Spitzensteuersatzes die bisherige Steuerbefreiung für Jubiläumsgeschenke an langjährige Mitarbeiter aufzuheben (vgl. „Bild“ vom 22. Mai 1987)? |
| 29. Abgeordneter
Huonker
(SPD) | Trifft es zu, daß in einer „geheimen Streichliste“ des Bundesministers der Finanzen eine Streichung des bisher steuerfreien Essenzzuschusses (1,50 DM pro Tag) vorgesehen ist (vgl. „Bild“ vom 22. Mai 1987)? |
| 30. Abgeordneter
Dr. Mertens
(Bottrop)
(SPD) | Beabsichtigt die Bundesregierung, die Pauschalierung der Lohnsteuer für kurzfristig beschäftigte Arbeitnehmer in Höhe von derzeit 10 v. H. des Arbeitslohns aufzuheben oder zu erhöhen (vgl. „Bild“ vom 22. Mai 1987)? |
| 31. Abgeordneter
Westphal
(SPD) | Trifft es zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, den Altersfreibetrag für 65jährige und ältere Mitbürger in Höhe von 720 DM bzw. 1 440 DM zur Finanzierung des Steuerpakets 1990 zu streichen (vgl. „Bild“ vom 22. Mai 1987)? |

32. Abgeordneter
Dr. Wieczorek
(SPD)
- Ist in der in der Bild-Zeitung vom 22. Mai 1987 angeführten „geheimen Streichliste“ von Bundesfinanzminister Dr. Stoltenberg auch vorgesehen, den halben Steuersatz für Gewinne aus der Veräußerung von Kapitalgesellschaften, der laut Zeitungsberichten dazu geführt hat, daß Herr Dr. Flick durch Veräußerung seines Aktienpakets rund eine Milliarde DM Steuern gespart hat, abgeschafft oder verändert wird?
33. Abgeordneter
Oesinghaus
(SPD)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Steuermehreinnahmen, die bei einer Abschaffung des halben Steuersatzes für die Besteuerung von Gewinnen aus der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften, der nach Zeitungsberichten allein bei Herrn Dr. Flick zu einer Steuerersparnis von ca. einer Milliarde DM geführt hat, eintreten würde?
34. Abgeordneter
Börnsen
(Ritterhude)
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die bisherige umsatzsteuerliche Erleichterung für Kleinunternehmer mit einem Umsatz von bis zu 60 000 DM einzuschränken oder zu beseitigen (vgl. „Bild“ vom 22. Mai 1987)?
35. Abgeordneter
Börnsen
(Ritterhude)
(SPD)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Steuerausfall, der dadurch entsteht, daß durch die beabsichtigte Absenkung des Körperschaftsteuer-Regelsatzes der Kapitalertragsteuersatz im Verhältnis zu 35 ausländischen Staaten ermäßigt werden muß (vgl. Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Häfele vom 19. Mai 1987 auf meine Frage 10, Drucksache 11/346)?
36. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung in den vergangenen Jahren unternommen, um die beruflichen Fortkommensmöglichkeiten der Zollbeamten im Grenzaufsichtsdienst (insbesondere an der Ostgrenze) zu verbessern, und welche weiteren Maßnahmen wird sie im kommenden Haushaltsjahr ergreifen, um die Chancengleichheit der Beamten des Grenzaufsichtsdienstes an der Ostgrenze gegenüber anderen Beamten vergleichbarer Dienststellungen im Landes- und im Bundesdienst zu verbessern?
37. Abgeordneter
Sellin
(DIE GRÜNEN)
- Wieso verweigert das Bundesministerium der Finanzen der Monopolkommission Daten über die Unternehmensbeteiligungen der Banken, und wie lautet die rechtliche Begründung?
38. Abgeordneter
Sellin
(DIE GRÜNEN)
- Wie soll die Monopolkommission (vgl. § 24 b GWB, insbesondere Absatz 3) ihrem Auftrag gerecht werden, wenn die Bundesregierung nicht sicherstellt, daß durch das Bundesministerium der Finanzen und das Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen vorhandene Informationen zur Verfügung gestellt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

- | | |
|---|--|
| 39. Abgeordneter
Urbanik
(SPD) | Hat die Bundesregierung die Absicht, das Rabattgesetz zu novellieren? |
| 40. Abgeordneter
Urbanik
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, wenn die Zustimmung des Einzelhandels vorliegt, eine Ausnahme des Rabattgesetzes für bestimmte Zielgruppen zuzulassen, z. B. für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger? |
| 41. Abgeordneter
Menzel
(SPD) | Hat der Bundesminister für Wirtschaft wegen seines strittigen Interviews in der „Welt“ den Presserat angerufen, und liegt eine Entscheidung des Presserates vor? |
| 42. Abgeordneter
Menzel
(SPD) | Beabsichtigt der Bundesminister für Wirtschaft, im Falle einer negativen Entscheidung des Presserates rechtliche Schritte wegen des von ihm bestrittenen Interviews gegen die Zeitung einzuleiten? |
| 43. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP) | In welcher Höhe sind bisher Subventionen für das Airbus-Programm ausgezahlt, zugesagt und in Aussicht gestellt worden, aufgeteilt nach verlorenen Zuschüssen, Darlehen und Bürgschaften? |
| 44. Abgeordneter
Gansel
(SPD) | Hat die Bundesregierung Verdachtsmomente und Hinweise auf die Beteiligung deutscher Firmen an der Entwicklung von Atomwaffen und Raketen für ausländische Staaten zum Anlaß genommen, Ermittlungen anzustellen und die in Frage kommenden Firmen auf die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen hinzuweisen? |
| 45. Abgeordnete
Frau Olms
(DIE GRÜNEN) | Hat die Bundesregierung dem Export von Teilen der Raketenwaffe „Exocet“ durch den französischen Kooperationspartner an den Irak zugestimmt, und wie bewertet sie die Folgen dieser Exporte für die Situation in der Golf-Region? |
| 46. Abgeordnete
Frau Olms
(DIE GRÜNEN) | Wird Material aus der Bundesrepublik Deutschland an beide Kriegsparteien geliefert, und wie verträgt sich das mit der von der Bundesregierung proklamierten Neutralität im irakisch-iranischen Krieg? |
| 47. Abgeordneter
Schreiner
(SPD) | Was hat die Bundesregierung bislang angesichts der neuesten Berechnungen des staatlichen Energiekonzerns „Electricité de France“ (EdF), wonach bereits 1990 in Frankreich eine Überkapazität von drei bis sieben 1 300 Megawatt-Kern- |

kraftblöcken zu erwarten ist, bei der französischen Regierung unternommen, um den weiteren Ausbau des grenznahen Atomkraftwerkskomplexes in Cattenom zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

48. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, aus der in ihrer Antwort auf die schriftliche Frage 14 vom 24. April 1987 – Drucksache 11/188 – zu entnehmenden Erkenntnis, es sei schwerlich denkbar, daß mögliche rentenversicherungsrechtliche Nachteile die in geschützten Einrichtungen beschäftigten Behinderten von einem Wechsel auf den allgemeinen Arbeitsmarkt abhielten, die in direktem Widerspruch zur Begründung zu Artikel 7 Nr. 2 des Haushaltsbegleitgesetzes 1983 steht, Konsequenzen dergestalt zu ziehen, daß sie dem Deutschen Bundestag die sofortige Wiederanhebung der Bemessungsgrundlage für die Rentenversicherungsbeiträge für Behinderte, die in Werkstätten für Behinderte beschäftigt sind, von jetzt 70 v. H. auf 90 v. H. vorschlägt, und wann ist gegebenenfalls ein solcher Vorschlag zu erwarten?
49. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Welche konkreten Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um den vom Konkurs der Maxhütte betroffenen, im Rahmen von Sozialplänen bisher ausgeschiedenen Arbeitnehmern zusammen mit der bayerischen Staatsregierung zu helfen, und welche konkreten Möglichkeiten bestehen, Mittel für Sozialpläne bereitzustellen, die den Arbeitnehmern angeboten werden sollen, die im Rahmen der Sanierungsbemühungen ihren Arbeitsplatz verlieren?
50. Abgeordnete
Frau Hillerich
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die von Experten aus dem ganzen Bundesgebiet auf einer Fachtagung des Ausschusses für Jugendarbeitschutz beim staatlichen Gewerbeaufsichtsamt in Münster festgestellten gesundheitlichen Gefährdungen an Bildschirmarbeitsplätzen und Computern (laut Westfälische Rundschau vom 21. Mai 1987) im Hinblick auf die vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft für notwendig gehaltene verstärkte Ausstattung von Schulen und Hochschulen mit Computern?
51. Abgeordnete
Frau Hillerich
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die von der Fördergemeinschaft „Computer und Bildung“ (Beteiligung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft und des Bundesministeriums für Forschung und Technologie) unterstützte Ausstattung von Bildungseinrichtungen

mit Computern sowie die ähnlich gerichteten Aktivitäten der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung (GMD) (Großforschungseinrichtung des Bundes) im Hinblick auf den ausdrücklichen Hinweis der möglichen gesundheitlichen Gefährdung von Schülerinnen und Schülern, und welche Maßnahmen – Überprüfung, gegebenenfalls Einschränkung – gedenkt sie zu ergreifen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

- | | |
|--|--|
| 52. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) | Wieviel sogenannte „Selbsthilfegruppen (freie, kirchliche und andere) gibt es in der Bundesrepublik Deutschland, wie haben diese sich in den letzten fünf Jahren entwickelt? |
| 53. Abgeordneter
Dr. Hoyer
(FDP) | Ist der im „Zeit“-Artikel vom 1. Mai 1987 (Hannelore Schulte; Europa von unten – kein Bedarf an Mitarbeit) vermittelte Eindruck richtig, daß es beim deutsch-französischen bzw. internationalen Jugendaustausch keine Einsatzmöglichkeit für ehrenamtliche Helfer im sozialen Bereich gibt, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die im „Zeit“-Artikel geschilderten Mißstände bei der Information über den Jugendaustausch zu beheben? |
| 54. Abgeordneter
Schanz
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Entschlie-ßung des 90. Deutschen Ärztetages, in dem Export von Medikamenten, die in der Bundesrepublik Deutschland vom Markt genommen wurden, in Länder der Dritten Welt als „unethisch und unmoralisch“ bezeichnet wird, und kann sie darüber hinaus die deutschen Firmen nennen, die den Export tätigen? |
| 55. Abgeordneter
Schanz
(SPD) | Wann und in welcher Form gedenkt die Bundesregierung gesetzgeberische Maßnahmen einzuleiten, um in Zukunft zu verhindern, daß deutsche Pharmaunternehmen vom Markt genom-mene Präparate in Drittländer exportieren? |
| 56. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) | Kann die Bundesregierung den vom Jugend-pfarrer von Regensburg in einem Schreiben vom 22. Mai 1987 an Frau Bundesminister Dr. Süßmuth erhobenen Vorwurf bestätigen, das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit und das Bundesamt für den Zivildienst betreibe systematisch den Abbau von Zivildienstplätzen im Bereich der (kirchli-chen) Jugendarbeit? |

57. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD) Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, Bezeichnungen wie „bio“, „öko“ und ähnliche bei Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen rechtlich zu schützen?
58. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD) Gibt es Vorarbeiten oder abgeschlossene Überlegungen, nach welchen Kriterien die Genehmigung für solche Bezeichnungen erteilt werden soll, die beim Verbraucher die Erwartung wecken, daß die so bezeichneten Lebensmittel oder Bedarfsgegenstände unbelastet und gesundheitlich und umweltfördernd sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

59. Abgeordneter
Kohn
(FDP) In welchem Zeitraum wird die Deutsche Bundesbahn (DB) sicherstellen, daß die Übernachtungs- und Ruheräume der DB in einen sozial verträglichen Zustand gebracht werden?
60. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU) Gedenkt die Bundesregierung Autobahngebühren für Autofahrer einzuführen, die aus Ländern stammen, in denen deutsche Autofahrer Straßengebühren bezahlen müssen?
61. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Deutsche Bundesbahn die Bemühungen von Kommunen – wie etwa der Stadt Ahrensburg –, die Ansiedlung von Spielhallen mit Geldautomaten einzuschränken, mit der Einrichtung solcher „Vergnügungsstätten“ in Bahnhöfen unterläuft?
62. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Bundesbahndirektion Hamburg, daß „Unterhaltungs-Center“ wie Spielhallen mit Geldspielautomaten „zu einem modernen Service-Angebot der Deutschen Bundesbahn zur Überbrückung von Wartezeiten“ gehören und deshalb auch in Bahnhöfen eingerichtet werden sollten?
63. Abgeordneter
Reschke
(SPD) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, ihre Baulastträgerschaft für Straßen- und Autobahnen, die durch Wohnquartiere führen, betreffend, hinsichtlich der neufestgestellten Grenzwerte 55/45 dB für Straßenneubau, und ist die Bundesregierung bereit, nach diesem Urteil Lärmschutzanlagen oder nachträgliche Abdekkelung von Straßen, die der Bundesrat anläßlich der Beratungen über den Verkehrswegeplan 85/90 empfohlen hat, erneut in ihre Überlegungen mitaufzunehmen?

64. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Konsequenzen gezogen aus der Beförderung von Kriegswaffen und Munition für kriegführende Staaten durch Seeschiffe, die die Bundesflagge führen, und ist sie bereit, Reeder und Kapitäne auf die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen hinzuweisen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

65. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Wieviel radioaktives Milch-/Molkepulver ist in der Bundesrepublik Deutschland infolge des Reaktorunfalls von Tschernobyl angefallen, und wo befindet es sich derzeit?
66. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Was soll mit dem noch in der Bundesrepublik Deutschland befindlichen verstrahlten Milch-/Molkepulver geschehen, insbesondere in welcher Weise kann es durch ein von Prof. Rainer aus Hannover vorgeschlagenes Verfahren unschädlich gemacht werden?
67. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß das vorgesehene Endlager für radioaktive Abfälle in Gorleben offenkundig mehr Schwachstellen aufweist, als die Bundesregierung bisher bereit war anzuerkennen?
68. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Hält die Bundesregierung ihre bisherige Behauptung aufrecht, die Endlagerung und Beseitigung der radioaktiven Abfälle, einschließlich des hochradioaktiven Mülls, sei in der Bundesrepublik Deutschland sichergestellt?
69. Abgeordnete
Frau
Dr. Niehuis
(SPD)
- In welcher Weise war das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit an der Erarbeitung der Position der Bundesregierung zu den von der EG-Kommission vorgeschlagenen Grenzwerten beteiligt, und welche Personen, Organisationen, Institutionen waren an der von der Bundesregierung einberufenen Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für Grenzwerte der Radioaktivität zu Nahrungsmitteln beteiligt?
70. Abgeordnete
Frau
Dr. Niehuis
(SPD)
- Bedeuteten die von der EG-Kommission vorgeschlagenen Höchstwerte für EG-Produkte eine Heraufsetzung der bisherigen Grenzwerte, wenn ja, auf Grund welcher wissenschaftlichen Erkenntnisse ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die von der EG-Kommission vorgeschlagenen Höchstwerte für die Gesundheit der Bürger/innen unbedenklich sind, obwohl anderslautende wissenschaftliche Aussagen bekannt sind?

71. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach Auffassung der Schwedischen Strahlenschutzbehörde eine Person lediglich maximal 50 000 Bq pro Jahr durch Lebensmittel aufnehmen sollte, und auf Grund welcher wissenschaftlich begründeten Argumente nimmt die Bundesregierung welche Position zum Vorschlag der EG-Kommission zur Erhöhung der Höchstwerte für die Radioaktivität in Lebensmitteln ein, aus der sich bei einem durchschnittlichen jährlichen Konsum von 71,5 Litern Milch/Person und einem Grenzwert von 1 000 Bq Cäsium/Liter bereits allein durch den Milchkonsum eine Belastung von 71 500 Bq/Jahr ergeben kann?
72. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- In welcher Weise wird die Bundesregierung bei der Festsetzung der Höchstwerte für Radioaktivität berücksichtigen, daß die höchstzulässigen unbedenklichen Werte für Kinder und Kleinkinder wesentlich niedriger als bei Erwachsenen liegen, und wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß gesundheitsbewußte Bürger/innen selbst dafür Sorge tragen können, eine möglichst geringe Menge radioaktiver Isotope über die Nahrungskette zu sich zu nehmen?
73. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung auf Grund der Äußerungen des Bundesumweltministers Dr. Töpfer am 20. Mai 1987 auf der Fachtagung des Bayerischen Umweltministeriums zur Entsorgung von Atomkraftwerken in München, daß die Bundesregierung am 1979 beschlossenen nuklearen Entsorgungskonzept (was Wiederaufarbeitungsanlage und Endlagerung des Atommülls beinhaltet) festhalten wird, die Fortschritte beim Ausbau des Endlagers als integralem Bestandteil dieses Konzepts, und welche Konsequenzen würden nach Ansicht der Bundesregierung unüberwindbare Probleme beim Bau des Endlagers in Gorleben für den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf haben?
74. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
- Wo liegen nach Ansicht der Bundesregierung die geologischen Ursachen für den tödlichen Unfall im Schacht I des „Erkundungsbergwerkes“ Gorleben, und welche Konsequenzen erwachsen daraus für die Verfolgung des integrierten Entsorgungskonzepts?
75. Abgeordnete
Frau Wollny
(DIE GRÜNEN)
- Wie interpretiert die Bundesregierung die von Dr. Einfeld (Kernphysiker - DWK) in einem am 11. April 1987 in der Elbe-Jeetzel Zeitung veröffentlichten Interview gemachte Äußerung, wonach die geplante Pilot-Konditionierungsanlage in Gorleben „darüber hinaus der Gewinnung von Erkenntnissen für die Planung einer Produktionsanlage“ dienen soll, und was ist nach Ansicht der Bundesregierung unter einer Produktionsanlage zu verstehen?

76. Abgeordnete
Frau Wollny
(DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor, in welchem Zeitrahmen mit welcher Größenordnung diese Produktionsanlage gebaut werden soll und welchem Zweck diese Produktionsanlage dienen soll?
77. Abgeordneter
Dr. Lippelt
(Hannover)
(DIE GRÜNEN)
- Nachdem an Universitäten lehrende Geologen, etwa in Hamburg, Kiel und Göttingen, schon immer den Salzstock Gorleben für ungeeignet erklärt haben und meines Wissens nur Geologen an Bundesinstituten den Salzstock für geeignet halten, kann die Bundesregierung auch nur einen Universitätsgeologen benennen, der die Wahl des Salzstockes Gorleben unterstützt?
78. Abgeordneter
Dr. Lippelt
(Hannover)
(DIE GRÜNEN)
- Sind der Bundesregierung die neuen Untersuchungen von Wissenschaftlern der Universität Utrecht bekannt, nach denen Salzformationen gänzlich ungeeignet für ein atomares Endlager sind (vgl. „Nature“, Bd. 324, S. 554, und Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. Januar 1987), und welche Konsequenzen zieht sie aus diesen Studien?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

79. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Welche Staaten hat der Bundesbauminister bei seiner Aussage (Bulletin Nr. 143, Seite 1189) „Der Durchbruch zu einem global ausgeglichenen Wohnungsmarkt ist gelungen“ (Duden: global = erdumspannend, weltweit) hinsichtlich ihrer Wohnungsversorgung einbezogen, und wie erklärt die Bundesregierung diesen Erfolg ihrer Wohnungspolitik auf die Wohnungsversorgung in der ganzen Welt?
80. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Bestehen nach Auffassung der Bundesregierung durch das unterschiedliche Miet- und Preisrecht im freifinanzierten und im öffentlich geförderten Wohnungsbau Unterschiede in den Anreizen, energiesparende Investitionen vorzunehmen?
81. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung in diesem Bereich einen Handlungsbedarf?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

82. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)
- Trifft es zu, daß der vom Staatsminister im Auswärtigen Amt, Schäfer, kritisierte Glückwunsch des CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Strauß an den südafrikanischen Präsidenten Botha in voller Übereinstimmung mit der Bundesregierung erfolgt ist, wie am Dienstag, dem 19. Mai 1987, unter Berufung auf den bayerischen Ministerpräsidenten u. a. in der „Süddeutschen Zeitung“ und im „Bonner General-Anzeiger“ berichtet wird?
83. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Zusammenhang mit den Abrüstungsverhandlungen eine Initiative für die Wiederherstellung der deutschen Einheit zu unternehmen?
84. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich der Chef der chilenischen Luftwaffe, General Fernando Matthei, derzeit in der Bundesrepublik Deutschland aufhält, nachdem er vor wenigen Tagen bereits in Spanien mit Unternehmen der Rüstungsindustrie Gespräche geführt hat, und welche protokollarischen und sicherheitstechnischen Vorkehrungen wurden getroffen anlässlich des Besuches eines Mitglieds des höchsten Regierungsorgans der chilenischen Diktatur?
85. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, daß sich General Matthei während seines Besuchs mit Mitgliedern oder Mitarbeitern der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien oder deren Stiftungen zu politischen Gesprächen trifft?

Bonn, den 29. Mai 1987